



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/18 - 22. Januar 1950

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Seiten:

- | | | |
|-------|---|-----|
| 1 - 3 | Atomenergie - kein Tunnelplatz für Spekulationen
Unternehmerinitiative sind Grenzen gesetzt
Sohn stellt Euratom infrage
Von Dr. Ludwig Ratzel, MdB | 118 |
| 4 | Auf uns kommt es an!
Schluß mit dem Dschungelkrieg der Geheimdienste!
Widersprechende Meldungen über Hintergründe der
antisemitischen Aktionen | 46 |
| 5 | Der Anspruch Chinas
Wer abrüsten will, muß auch mit Peking verhandeln | 42 |
| 6 - 7 | Sind die Weichen schon gestellt?
Nach der Straßburger Debatte über die europäische
Wirtschaftspolitik
Von Ulrich Blank, z.Zt. in Straßburg | 85 |
| 8 | Kanzler gleich Volk?
Man denkt in Führer-Kategorien | 27 |

* * * *
* * *

Atomenergie - kein Tummelplatz für Spekulationen

Von Dr. Ludwig Ratzel, MdB

Es ist kein Geheimnis, daß die Auffassung über Euratom in der Bundesregierung nicht einheitlich ist. Das zeigte sich auch bei der Behandlung des Stuttgarter Projektes zur Errichtung eines Atomkraftwerkes in Baden-Württemberg. Das Atomministerium machte gegenüber diesem Projekt gewisse technische Bedenken geltend, ein objektives Gutachten über den organisch moderierten Reaktor durch die deutsche Atomkommission, war jedoch nicht zu erhalten. Es wurden zwar der Arbeitskreis "Kernreaktor" und die Fachkommission für "technisch-wirtschaftliche Fragen bei Reaktoren" damit befaßt, jedoch nicht die Atomkommission selbst. Wie bekannt wurde, sollen im Ministerium gewisse Bedenken gegen die Befragung der Atomkommission selbst deshalb bestanden haben, weil in ihr zu viele Vertreter der verschiedensten Interessengruppen seien. Damit ist die frühere Forderung der SPD nach einer unabhängigen deutschen Atomkommission als richtig bestätigt worden. Die Empfehlung der Fachkommission für technisch-wirtschaftliche Fragen bei Reaktoren lautete:

1. Der ausgewählte Typ des organisch-moderierten Reaktors wird technisch-wissenschaftlich befürwortet.
2. Die staatliche Hilfe für das im Rahmen des USA-Euratomprogramms durchzuführende Projekt soll sich auf eine Investitionshilfe aus ERP-Mitteln und auf die Übernahme von 50 % der Betriebsverluste bis zu einer Höchstsumme von 20 Millionen DM innerhalb der ersten fünf Jahre beschränken.

Unter diesen Bedingungen war der Bau eines Atomkraftwerkes in Baden-Württemberg nicht möglich. Damit aber wurde das gesamte USA-Euratomprogramm in Frage gestellt. Die Euratom-Kommission wies die Bundesregierung auf diesen Tatbestand hin und betonte gleichzeitig, daß bei einem Scheitern dieses Programms die Gefahr bestünde, daß die USA auf der Basis ihres Kulturabkommens mit der Sowjetunion mit diesem Staat auch bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie nach einer engeren Zusammenarbeit streben würde. Die Folge war, daß nunmehr das Atomministerium sich unter einem gewissen Druck des Bundeskanzleramtes bereit erklärte, der Stuttgarter Arbeitsgemeinschaft eine Übernahme von 50 % der Betriebsverluste bis zu einer Höchstsumme von 100 Millionen DM zuzusagen.

Wer soll die Risiken tragen ?

Eine Kalkulation der Kosten für Atomstrom und konventionell erzeugten Strom ergibt aber für den südwestdeutschen Raum einen Unterschied von 0,8 D-Pfg. je kWh zu Ungunsten des Atomstroms. Bei der geplanten Leistung von 150 Megawatt des Atomkraftwerkes und bei 7000 Benutzungsstunden im Jahr würden die Betriebsverluste insgesamt acht Millionen DM pro Jahr betragen, für die an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten EVU also jährlich vier Millionen DM. Hinzu kommen würden Risiken bis zu 75 Millionen DM, falls das Atomkraftwerk nach zweijähriger Benutzungsdauer völlig ausfallen würde. Aus dem Gang der Verhandlungen war klar der Schluß zu ziehen, daß es sich bei diesem Projekt um ein Politikum im Hinblick auf die europäische Integrationspolitik und auf das Verhältnis USA und Euratom handelte. Man kann aber von den EVU im südwestdeutschen Raum auf keinen Fall verlangen, daß sie wirtschaftliche Risiken für die Politik der Bundesregierung übernehmen. Wenn die Bundesregierung ein politisches Interesse an der Einhaltung des USA-Euratom-Programms hat, dann muß sie auch bereit sein, hierfür Risiken in dem notwendigen Ausmaß zu übernehmen. Dabei erhebt sich auch die Frage, ob auf die Dauer durch die Abstinenz gewisser Ministerien und Wirtschaftsgruppen in der Bundesrepublik nicht überhaupt Euratom in Frage gestellt wird.

Langfristige Konzeption notwendig

Das Scheitern dieses Projektes wirft darüber hinaus auch die Frage auf, ob nicht die Politik der Bundesregierung, was die friedliche Nutzung der Atomenergie angeht, in eine Sackgasse geraten ist. Man wird auf diesem Gebiet nur mit einer langfristigen politischen Konzeption vorankommen, die auch in der Lage ist, sich den Veränderungen auf dem Energiesektor anzupassen. Wie in der Zeitschrift "Atomwirtschaft" bereits vor einem Jahr festgestellt wurde, paßt das von der Bundesregierung für die Atomwirtschaft vorgesehene Finanzierungsschema - das Investitionskapital ist durch den Bauherrn aufzubringen, der Bund mindert das Betriebsrisiko durch Beteiligung an den Betriebsverlusten - beinahe fügenlos in die wirtschaftspolitische Konzeption der Bundesregierung.

Diese Konzeption wird ihr Ziel nicht erreichen. Allen Einsichtigen ist klar, daß die Entwicklung der Atomenergie für uns eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist. Aber ebenso klar ist, daß das unvergleichlich hohe Risiko beim Bau von Atomkraftwerken der privaten Unternehmer

initiative eine Grenze setzt. Die EVU müssen, auch wenn sie in öffentlicher Hand sind, nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln. Sie können nicht Investitionen übernehmen, die in Wirklichkeit die gesamte Volkswirtschaft übernehmen muß. Deshalb kommt der Verfasser des Artikels in der "Atomwirtschaft" zu dem Ergebnis, daß man sich bei der Entwicklung der Atomenergie an konkrete volkswirtschaftliche Notwendigkeiten halten muß und nicht an abstrakte marktwirtschaftliche Thesen. Wenn die Bundesrepublik in der Spitzengruppe der Industrienationen bleiben will, ist eine staatliche Kapitalhilfe zur Lösung des Finanzierungsproblems unerlässlich. Das Bundeswirtschaftsministerium lehnt aber eine solche Kapitalhilfe ab und will sich auf eine undurchführbare Art der Verlustbeteiligung beschränken. Wie in den letzten Tagen bekannt wurde, hat die amerikanische Atomenergie-Kommission den Versuch, die Atomwirtschaft in den USA stärker privatwirtschaftlich zu orientieren, aufgegeben.

Die Verpflichtung des Bundes

Die Bemühungen der Stuttgarter Arbeitsgemeinschaft zeigen, daß die EVU sehr wohl bereit sind, öffentliche und volkswirtschaftliche Pflichten im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Kräfte zu übernehmen. Sie können aber auf keinen Fall Risiken übernehmen, die ihre Unternehmen überfordern. Das gilt insbesondere für Risiken, die ihren Ursprung in der Außenpolitik des Bundes haben. In diesem Falle ist der Bund verpflichtet, einen entscheidenden Teil der Risiken zu übernehmen. Es hat keinen Sinn und würde die Verschwendung öffentlicher Steuermittel bedeuten, wenn der Bund einen nur ungenügenden Teil der Risiken übernimmt, so daß die Erreichung des gesteckten Zieles von vornherein in Frage gestellt wird. Wenn Atomkraftwerke einmal wirtschaftlich arbeiten, was sicherlich in nicht allzu ferner Zukunft der Fall sein wird, dann werden auch die EVU in der Lage sein, die notwendigen Investitionen durchzuführen. Aber soweit ist es noch nicht.

Wenn wir jedoch eine Wettbewerbsfähigkeit der Atomkraftwerke erreichen wollen, dann ist es nicht zu umgehen, daß der Bund durch eine ausreichende Hilfe den EVU die Möglichkeit gibt, Aufträge an die Reaktor- und Zulieferer-Industrie zu geben. Dazu bedarf es aber auf jeden Fall einer ausreichenden Beteiligung an den Verlustrisiken und einer Hilfe bei der Beschaffung und beim Aufbringen der ungewöhnlich hohen Investitionsmittel. Damit aber ergibt sich die Konsequenz, daß die öffentliche Hand auch einen starken Einfluß bei der Nutzung der Atomenergie haben muß. Es geht nicht an, daß die Verluste sozialisiert, die Gewinne dagegen nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten verteilt werden. Hinzu kommt, daß die bei der Nutzung der Atomenergie möglichen Gefahren für die Sicherheit und die Gesundheit der Bevölkerung von vornherein einen weitgehenden Einfluß der öffentlichen Hand verlangen.

Auf uns kommt es an!

sp - Die widersprechenden, aber zum Teil zielbewußt in die Welt gesetzten Meldungen über Hintergründe der antisemitischen Sudeleien werden jetzt zu einer akuten Gefahr für die Glaubwürdigkeit aller Bemühungen des anständigen Deutschland, der Hydra des Antisemitismus die Köpfe zu zertreten. Von gewissen Stellen wird systematisch darauf hingearbeitet, die Meinung sich festsetzen zu lassen, die antisemitischen Sudeleien seien ausschließlich das Werk kommunistischer Provokateure. Man spricht und meldet von "Geheimberichten", manipuliert mit "Beweisen" -, aber wenn es zum Schwur kommt, muß man zugeben, daß beides recht fragwürdig ist.

So hat das Amtsgericht in Lehrte bei Hannover am Donnerstag festgestellt, daß ein KP-Einfluß bei den beiden verurteilten Schmierern nicht nachweisbar sei. Im Bundestagsausschuß für Inneres legten am Donnerstag Regierungsvertreter ihre in acht Punkten zusammengefaßte Auffassung über die kommunistischen Hintergründe der antisemitischen Provokationen dar. Nach eingehender Diskussion setzte sich im Ausschuß die Meinung durch, daß ein Beweis für die alleinige oder überwiegende Urhebererschaft der Kommunisten an den antisemitischen Zwischenfällen nicht erbracht werden könne; wenn auch eine Beteiligung von kommunistischer Seite wahrscheinlich sei, so scheine das Schwergewicht doch mehr bei rechtsradikalen Kreisen zu liegen.

Dann hat der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Dr. Nehum Goldmann nach mehrstündigen Besprechungen mit dem Bundeskanzler und anderen Kabinettsmitgliedern ausdrücklich darauf verwiesen, daß die Annahme, die antisemitischen und neonazistische Vorfälle seien von Kommunisten organisiert worden, in der Bundesrepublik "zu einfach und zu leicht" sei, ebenso wie die Annahme, daß es sich um "Durme-Jungen-Streiche" handle.

Gewiß gibt es Hinweise darauf, daß die SED die antisemitischen Sudeleien dazu benutzt, um das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland in Mißkredit zu bringen. Niemand zweifelt daran! Aber es gibt ebenso viele Hinweise darauf, daß internationale neonazistische Einflüsse vorhanden sind, die den Hintergrund für die antisemitischen Sudeleien in der Bundesrepublik bilden können. All' dies zusammen berechtigt die einzelnen Bundesministerien aber noch lange nicht dazu, mit Hilfe der ihnen zur Verfügung stehender Geheimdienste eine Art Dschungelkrieg zu führen, mit dem Ziele, die öffentliche Meinung im In- und Ausland von den eigentlichen Tatbeständen abzulenken.

Hier wird ein Spiel getrieben, das uns sehr teuer zu stehen kommen kann. Wenn sich nämlich alle diese Meldungen als so wenig fundiert erweisen, wie es bisher der Fall war, dann wird - besonders im Ausland - der Eindruck entstehen, wir hier in Deutschland wollten uns um eine moralisch-politische Verpflichtung und Aufgabe - die Aufgabe der Selbstreinigung - herumdrücken. Die Leute, die die Verantwortung für diesen Dschungelkrieg der Geheimdienste tragen, sollten daran denken, daß man schon einmal in Deutschland den Aufstand der Anständigen gegen den Antisemitismus mit Hilfe von primitiven Anti-Parolen unterdrückt hat. Was hier bei uns in dieser Frage zu geschehen hat, darf nicht nur mit dem oft schiefen Blick auf das Ausland geschehen; es muß uns selbst-willig getan werden, weil bei uns der Antisemitismus zur "Staatsraison" erhoben wurde, und weil bei uns im Namen dieser "Staatsraison" sechs Millionen Juden ermordet wurden.

Der Anspruch Chinas

sp - China hat mit seinem Anspruch, bei den kommenden Abrüstungsverhandlungen gehört und beachtet zu werden, ins Schwarze getroffen. Wer ernsthaft die Welt von drückenden Rüstungslasten erleichtern will, muß auch mit China als Vertragskontrahenten rechnen. Ohne Chinas Zustimmung und Mitwirkung kann es eine Abrüstung im Weltmaßstabe nicht geben. Diese elementare Tatsache war schon manchen Einsichtigen klar, aber sie hatte im allgemeinen politischen Bewußtsein noch nicht ihren Niederschlag gefunden. Peking hat über seinen Außenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Koskau und Washington überdeutlich zu verstehen gegeben, daß es sich als potentielle dritte Weltmacht fühlt, ohne die weltpolitische Lösungen auf die Dauer nicht mehr wirksam sind.

Die Vereinigten Staaten, anders, als noch vor einigen Jahren, scheinen sich damit abgefunden zu haben. Die Erklärung des US-State-Department, die USA werden sich einer Einbeziehung Chinas in ein weltweites Abrüstungsabkommen nicht widersetzen, zeugt von einer realistischen Einstellung; sie wird der politischen Wirklichkeit der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts gerecht. China ist nicht nur mit seinen 600 Millionen Menschen die volkreichste Nation der Erde, es entwickelt sich in einem atemberaubendem Tempo auch zu einer Industrienation. Seine Stahlproduktion wächst trotz mancher Rückschläge prozentual schneller als die aller anderen Staaten.

In einem Bericht der Vereinten Nationen wurde China unter den zwölf Ländern genannt, die wohl in der Lage sind, innerhalb von einigen Jahren eigene Atombomben herzustellen. Diese furchterregende Fähigkeit, mit anderen Industrienationen gleichziehen zu können, ist wohl der Punkt, an dem sich die Weltmächte von heute und die von morgen treffen müssen, um der Welt den Sturz in ein durch ungehemmtes Wettwüsten ausgelöstes Chaos zu ersparen. Die Bereitschaft dazu mag nicht überall gleich groß und gleich intensiv sein -, manche chinesische Führer sind überzeugt, ihr Land hätte unter einem Atomkrieg im Vergleich zu anderen Mächten am wenigsten zu leiden - aber soweit sie eben da ist, gilt es, sie zu erproben und zu nützen.

Für die bestehenden Atomnächte ergibt sich eine Zwangslage. Sie müssen die Abrüstung nun ernstlich vorentreiben, sie können es nicht mehr bei verbalen Deklamationen oder gar Umrüstungen belassen. Die Abrüstung, um effektiv zu sein, muß jedoch jederzeit einer wirksamen Kontrolle unterliegen. Ein weltweites Kontrollsystem kann und darf China nicht ausschließen. Es klinge sonst buchstäblich in der Luft. West und Ost müssen nun lernen, unter einem Dach zu leben und versuchen, sich so etwas wie eine weltpolitische Hausordnung zu geben. Eine andere Alternative des Überlebens gibt es nicht.

Sind die Weichen schon gestellt?

Von Ulrich Black, z.Zt. in Straßburg

Die zweitägige Debatte des Europarates in Straßburg über die europäische Wirtschaftspolitik hat noch einmal in aller Schärfe die Gefahren umrissen, die durch den Gegensatz von Freihandelszone und Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft heraufbeschoren worden sind. Es ging um Zölle, Entwicklungshilfe und Absatzmärkte, aber das Trommelfeuer wirtschaftlicher Argumente konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Straßburger Debatte einen ernsten politischen Hintergrund hatte. Zwei, manchmal auch drei, verschiedene Konzeptionen europäischer Politik rangen miteinander, ohne daß sich klar absehen ließ, wie das Gesicht des alten Kontinents morgen schon beschaffen sein wird.

Salwyn Lloyds Warnung

Nachdrücklicher und freimütiger als je zuvor warnte Selwyn Lloyd am Donnerstag vor der drohenden europäischen Zerspaltung. Für ihn ist die Einheit westlicher Politik auch von dieser Seite her gefährdet, wenn er auch zugeben mußte, daß britische Fehlentscheidungen in den wichtigen Phasen der europäischen Zusammenschlüsse zu dieser Entwicklung in gewissem Maße beigetragen haben. Lloyds Warnung, die Westeuropäische Union könne zusammenbrechen, verfehlte ihre Wirkung nicht, aber seiner Forderung, jetzt sei die Zeit für einen neuen europäischen Start gekommen, stehen dennoch unübersichtbare Schwierigkeiten gegenüber.

Zu deutlich ist es geworden, daß hinter dem Gemeinsamen Markt ein politisches Programm steht, das sich Adenauer und de Gaulle so schnell nicht verderben lassen möchten. Die Tatsache, daß Minister Erhard nun schon zum zweiten Male daran gehindert wurde, in Straßburg über diese Probleme zu sprechen, kündet deutlich genug von den wahren europäischen Vorstellungen des Kanzlers. Und auch die französische MAREO-Politik findet hier ihre logische Fortsetzung, der nur der kleine Rechenfehler zugrundeliegt, daß die EWG selbst - als Brecheisen und als Instrument "vaterländischer" Politik mißbraucht - kaum die Erwartungen ihrer geistigen Väter erfüllen kann. In Italien, aber auch in anderen Ländern der Sechse, scheinen solche Erkenntnisse vor- sichtig an Boden zu gewinnen.

Hallstein will beschwichtiger

EWG-Präsident Hallstein hat in Straßburg versucht, dieses hoch- explosive Spannungsfeld als eine idyllische Lämmerweide erscheinen zu lassen, auf der große und kleine, fette und magere Schafe getrost nebeneinander grasen sollten. Doch Stachelndrahtzäune behalten selbst dann ihre Wirkung, wenn man sie nicht sehen will. Und die Potenzierung europäischer Stärke im Rahmen der Sechse, die Hallstein so lobend unterstrich, ist für sich allein aber kein Beruhigungsmittel. Die Rolle des Versöhnungsapostels hoch über den Wolken neuer europäischer

Zwietracht stand dem EWG-Präsidenten unter diesen Umständen schlecht zu Gesicht. Denn Hallsteins Devise, man solle die Dinge doch einfach so laufen lassen, wie sie sich nun einmal entwickelt hätten, zeugte nur von jenem blinden Vertrauen auf den Sog des Gemeinsamen Marktes, das nicht nur die äußeren sieben, sondern auch die fünf "vergessenen Europäer" mit Mißtrauen erfüllt. Lloyd hat dagegen unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß man zu Gegenmaßnahmen entschlossen sei, falls sich der Alptraum des "hegemonialen Europa", also der politischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft der EWG-Länder, erfüllen sollte.

Noch viele Fragen offen

Ob der eiserne Wirtschaftsvorhang quer durch Europa schon eine endgültige Tatsache ist, wird allerdings erst die Zukunft zeigen. Alle Beteiligten scheinen sich darin einig zu sein, daß es zumindest zu einem hemmungslosen Wirtschaftskrieg nicht kommen soll, aber was sonst zu geschehen habe, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Hier und drüben sieht man nach den Pariser Konferenzen vom 12. und 13. Januar die OEEC als geeignetes Instrument zur Erfüllung europäischer Wünsche an, aber diese Wünsche sind durchaus unterschiedlicher Natur. Bei Hallstein waren keine Hemmungen gegen die atlantische Lösung zu verspüren, von der die EFTA eben fürchtet, daß sie die europäischen Randstaaten völlig an die Wand drücken werde. Die Freihandelszone erhebt keine Einsprüche gegen die Einbeziehung der USA und Kanadas in das europäische Wirtschaftsspiel, aber sie meint doch, zuerst einmal müsse die europäische Einheit im Vordergrund stehen.

Dieser Standpunkt ist realistisch, und er begegnet den Problemen dort, wo sie am brennendsten sind. Denn der Hintergedanke in der EWG, man könne ein wirtschaftlich nicht mehr Überlegenes, sondern gleichwertiges, ja fast abhängiges Amerika auf diese Weise auch politisch binden, widerspricht den Erfahrungen der letzten Zeit.

Sozialisten zeigen den Weg

Die Straßburger Debatten haben nicht gezeigt, wie eine europäische Lösung beschaffen sein könne, nachdem nun einmal EWG und EFTA sich auf dem rechten Wege wähnen und die Friedensangebote der anderen Seite abwarten.

Die Vorstellungen der sozialistischen Fraktion haben jedoch den Diskussionen des Europarates ihre deutlichen Akzente gegeben. Ein europäischer Wirtschaftsfriede auf der Grundlage einer gesamteuropäischen Freihandelszone oder Zollunion ist auch von den Sprechern anderer politischer Richtungen als der einzig mögliche Weg anerkannt worden, an dessen Anfang, wie die Sozialisten meinen, eine Verstärkung und Verbesserung der OEEC zu liegen habe.

+ + +

Kanzler gleich Volk?

sp - Ein Hamburger Polizeibeamter hat gegen Bundeskanzler Adenauer Strafanzeige wegen Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung erstattet. Diesem Schritt liegt die wiederholte Aufforderung des Kanzlers an die Bevölkerung zugrunde, in einer Art Selbstjustiz die Hakenkreuzschmierer zu verprügeln.

Der Erfolg der Strafanzeige des Hamburger Polizisten läßt sich noch nicht voraussehen, da außer dem Ingangsetzen des staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Apparates auf jeden Fall die Aufhebung der parlamentarischen Immunität des CDU-Bundestagsabgeordneten Adenauer notwendig ist.

Heute ist aber, außer dem Hinweis auf die entschiedene Nein-Reaktion der verantwortungsbewußten Presse auf Adenauers Prügelanweisung, zu einer Erklärung "einer Persönlichkeit aus der Umgebung des Kanzlers" Stellung zu nehmen. Diese "Persönlichkeit", nach deren Namen man vermutlich nicht dreimal fragen muss, soll bemerkt haben, daß "das deutsche Volk" die Strafanzeige gegen Adenauer nicht ernst nehmen werde.

Erneut und wenn möglich krasser denn je bricht in dieser Bemerkung die Arroganz durch, mit der auch die sogenannten "Persönlichkeiten" in der Umgebung des Kanzlers ihren Boss und sein Regime als eine absolute Größe sehen, die zudem noch mit "dem deutschen Volk" gleichzusetzen ist. Es sind immer die Symptome, die die Größe einer Gefahr sowie deren Entwicklungsstand erkennen lassen. Die diversen "Persönlichkeiten" in der Umgebung des Kanzlers sind ein solches Symptom, das deutlich zeigt, daß das "Weiße Haus" in der Koblenzer Straße in Bonn bereits hemmungslos in Führer-Kategorien denkt. Von diesem Denken zum adäquaten Handeln kann aber manchmal nur ein Schritt liegen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel